

# Revolutionäre Arbeiterzeitung

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden, Schillingstr. 10  
Redaktion: Dresden, Schillingstr. 10  
Telefon: 1722  
Erscheinungstermin: Montag 10-12 Uhr, alle Sonntage, Feiertage 12-18 Uhr  
Erscheinungstermin: Montag 10-12 Uhr, alle Sonntage, Feiertage 12-18 Uhr

6. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 13. November 1930 Nummer 265

## Der Massenbetrug wird fortgesetzt

„Preisleistungsaktion“ völlig entlarvt / Immer tollere Angriffe auf Löhne und Gehälter / Schafft die Einheitsfront aller Ausgebeuteten gegen hungendeutsche Hungerfront!

Berlin, 13. November. (Eig. Drahtmeldung.)  
Die Berliner Morgenpresse bringt auf der ersten Seite große Aufstellungen über den „Preisabbau“. Die Kartellisten lassen sich dabei nicht verunsichern, das Obst und Gemüse sollen folgen. Für die Elektropreise wird nach den Angaben der Presse eine Senkung versprochen. Weitere „Preisleistungen“ sind angekündigt. Die Brüning-Regierung tut so, als ob sie mit dem Preisabbau „Kampf“ mache. Nach dem ersten blamablen Zusammenbruch der „Preisleistungsaktion“ für Brot, Fleisch und Milch wird auch von dieser neuen Aktion herzlich wenig übrig bleiben.

### Nur leere Versprechungen

Berlin, 13. November. (Eig. Drahtmeldung.)  
Die Preisleistungsaktion der Hungerregierung Brüning hat wieder einen „Erfolg“ zu verzeichnen, der in der Presse sensationell aufgemacht wird. Es wurde ein Ausschuss gebildet, der die Preisleistung betreiben soll. In diesem Ausschuss hat auch der Wüstensalzer Schiele mit seinem sozialdemokratischen Stützungsminister Dr. Baade, durch die den Großagraren hunderte Millionen von Steuergebern in den Rücken geworfen und die Getreidepreise in die Höhe getrieben wurden. Durch die Presse erzählt man, was nun alles geplant ist. Man „spricht davon“ daß es den Kartellen „an den Krügen“ gehen soll, die durch ihr Preisstillsitzen in der Hauptrolle an der Verteuerung schuld sind. Man „denkt daran“, den Zwischenhändler auszuschalten, um die Waren direkt vom Produzenten zum Konsumenten zu bringen. Man „will“ das Publikum mobilisieren, nur dort zu kaufen, wo wirklich die Preise herabgesetzt werden. Man hat „die Absicht“, die Konsumvereine dazu zu gewinnen, nach dem Abschluß auf die Ausschüttung einer Dividende an ihre Mitglieder zu verzichten und die Summe, die dadurch frei wird, zur sofortigen Senkung der Einzelpreise zu verwenden.

Das sind also die „großen Pläne“. Rauter sollte Versprechungen, um Erwartungen zu erwecken mit dem Ziel, den Proleten den Lohnraub plausibel zu machen. Niemand glaubt daran, daß die Regierung den Akt, auf dem sie sich absetzt, indem sie gegen die preisstiftenden Kartelle und den Großhandel vorgeht.

### So soll der Lohnraub erzwingen werden

Berlin, 13. November. (Eig. Drahtmeldung.)  
Zum Zweck des allgemeinen Lohnabbaus hat die Direktion der Volk- und Zeitungsverlag Berlin die Belegschaft des

Werkes am 15. November gekündigt. Es ist beabsichtigt, diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die mit einem Lohnabbau einverstanden sind, am 17. November wieder in den Betrieb aufzunehmen.

### Arbeitszeitabkommen verlängert

Essen, 13. November. (Eig. Drahtmeldung.)  
Die Schlichterkammer fällt einen Schiedsspruch, durch den das bisherige Arbeitszeitabkommen im Ruhrbergbau unverändert bis 30. September 1931 in Kraft bleiben soll. Ueber die Schlichterseite in den heißen Schächten werden besondere Schlichtungsverhandlungen geführt. Außerdem sind Nachverhandlungen für die Verbindlichkeitsklärung in nächster Zeit vorgezogen.

### KPD-Fraktion stimmt für Brüning-Diktaturfeuern

Berlin, 13. November. (Eigene Drahtmeldung.)  
In der Mittwochsitzung des Preussischen Landtags wurde die preussische Durchführungsverordnung zur Einführung der Brüning-Diktaturfeuern mit den Stimmen der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Kommunisten in zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung findet am Donnerstag statt. Frau als Steuererzieher Brüning hat eine Verleumdung durchgesetzt, wonach die Gemeinderäte durch die Aufsichtsbehörden zur Einführung dieser Steuern gezwungen werden können, wenn sie diese von sich aus ablehnen. In derselben Sitzung wurden alle Anträge der Kommunisten, die eine wirkliche Hilfe zugunsten der Hochwasserschädigten forderten, abgelehnt.

### Erwerbslose sollen weiter hungern!

Kommunistischer Antrag für Winterbeihilfe mit den Stimmen der SPD verlegt

Berlin, 13. November. (Eigene Drahtmeldung.)  
In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags wurde der kommunistische Antrag auf Winterbeihilfe für Arbeitslose, Sozial- und Kleinrentner und alle fürsorgeberechtigten von den Regierungsparteien mit Hilfe der Sozialdemokratie verlegt, so daß der Antrag vorläufig für so gut wie begraben gelten kann.

### Lohnabbau, Preisleistungsschwindel, Falschfistenbortoch in Sachsen

Rudolf Renner, Dresden.

Seit Wochen erklärt die kommunistische Partei der gesamten Arbeiterkraft, insbesondere den Metallarbeitern, daß die einzige Möglichkeit zur Abwehr einer allgemeinen Lohnsenkung für die Arbeiter die Aufnahme des entschiedenen Kampfes, der entschlossenen, auf breiter Basis durchgeführten Lohnbewegung sei. Die reformistischen Gewerkschaftsführer unternehmen alles, um die Arbeiter von der Aufnahme des Kampfes abzuhalten. Sie erklärten, die sächsischen Arbeiter müssen „in Reserve“ bleiben, um später den Berliner Arbeitern zu Hilfe zu kommen. Damit führte man die Metallarbeiter irre und ließ den außerordentlichen Schwerezustand bestehen, der den Kapitalisten die Möglichkeit eines Generalangriffs gibt. Als in Berlin die Abmachung getroffen wurde, daß die Arbeiter sofort ohne jede Regelung in den Betrieb gehen sollten und einer sogenannten überparteilichen Kommission die Entscheidung überlassen wurde, lächelte die „Dresdner Volkszeitung“, daß dieses Ergebnis weit über Berlin hinaus von Bedeutung sei und für die gesamte Arbeiterkraft die Abwehr der Lohnangriffe bedeute. Jetzt zeigt der verkündete Schiedsspruch, daß die Kommunisten ohnehin recht hatten, wenn sie den Arbeitern sagten, dieses Vorgehen der Urid und Genossen bedeute, die Metallproleten an Händen und Füßen gefesselt dem Unternehmertum auszuliefern. Jetzt ist ein Schiedsspruch perfekt, der den Arbeitern in kurzer Zeit 8 Prozent ihres Lohnes kühlt. Dieser Schiedsspruch wurde mit beschloffen von dem Sozialdemokraten Singheim, der als Erklärung für seine Zustimmung gegenüber den Arbeitern nur die Begründung findet, er habe zugestimmt, weil sonst ein sofortiger Sprengentiger Lohnabbau erfolgt wäre. Diese Erklärung zeigt, daß die sozialdemokratischen „Arbeitervertreter“ von Anfang an darauf ausgingen, mit den Unternehmern gemeinsam den Lohnabbau durchzuführen.

Nun ist inzwischen auch für Sachsen ein Teilschiedsspruch verkündet worden, der eine tralle Enttötung des allgemeinen Schwerezustandes der Unternehmer und ihrer sozialistischen Palastien über die Arbeitszeitverkürzung darstellt. Während man in der gesamten Presse der Kapitalisten und der Sozialdemokraten davon lächelt, daß man sich verständigen werde, die Arbeitszeit herabzusetzen, um die Erwerbslosen in Arbeit zu bringen, verkündet dieser Schiedsspruch die 48-Stunden-Woche und darüber hinaus für den Unternehmer das Recht, zwei Pflichtstunden anzuordnen. Die Gesamtverfügung beträgt nur eine Stunde pro Woche. Hier zeigt sich ganz deutlich, und das müssen die Arbeiter erkennen, daß die kapitalistische Gesellschaft keine Möglichkeiten besitzt, die immer mehr vertiefende Krise zu beheben und die Erwerbslosigkeit auch nur annähernd zu überwinden.

Die große Tarifkommission hat diesen Schiedsspruch abgelehnt. Was aber hat diese Ablehnung zu bedeuten, wenn nicht gleichgültig die Mobilisierung zum Massenkampf erfolgt? Nichts anderes als das Abwarten der Verbindlichkeitsklärung mit der von vornherein vorhandenen Absicht, sich dann zu unterwerfen. Die Metallarbeiter Sachsens müssen sich darüber klar sein, daß der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches sehr schnell die Entscheidung über den Lohnabbau auch in den sächsischen Metallbetrieben folgen wird. Jedes Abwarten ist schon eine Herbeiführung der eigenen Niederlage. Die Metallarbeiter müssen sich jetzt im Betrieb zusammenschließen, unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition eigene Kampfeinstellungen bilden, den Abwehrkampf und Gegenangriff beginnen. Wenn sie sich auf ihre Gewerkschaftsführung verlassen, sind sie von vornherein geschlagen, denn diese Führung ist kein Generalstab des Klassenkampfes, sondern eine verätherliche unternehmerische Bande, deren ganz Arbeit darauf abgestellt ist, den Kapitalisten Hilfsdienste zu leisten.

Der Lohnabbau bei den Metallarbeitern ist richtiggehend für sämtliche andere Industrien. Deswegen darf nicht nur die Metallarbeiterkraft mobilisieren, sondern muß die gesamte Arbeiterkraft den Kampf annehmen. Auch die Erwerbslosen müssen erkennen, daß sich dieser Schlag gegen sie richtet. Die Erwerbslosen, die sich der Aktion hingeben, daß die Kapitalisten jetzt die Arbeitszeit verkürzen würden, um die Erwerbslosen in den Betrieb zu bringen, sind um eine Erfahrung reicher geworden und werden nun auch begreifen, daß es innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft für sie keine Rettung gibt. Das System des Kapitalismus zwingt zur künftigen Weiterführung der Rationalisierung, der Konzentrierung und Zusammenballung und damit zum künftigen weiteren Ausschleiden von Arbeitskräften. Die Belastung der Kapitalisten durch das Anwachsen des konstanten Kapitals

## Metallarbeiter, laßt euch nicht betrügen

Die Bezirksleitung des DMB bezeichnet unsere Behauptung, daß dem Lohnraub in der Metallindustrie durch den Schiedsspruch Tür und Tor geöffnet sind, als eine Verleumdung. Der sozialdemokratische Presse gibt sie eine Mitteilung, in der gesagt wird:

„Nehet den Lohn ist bis jetzt überhaupt noch nicht verhandelt worden. Die Behauptungen der Kommunisten, der DMB habe den Unternehmern gegenüber in der Lohnfrage Zugeständnisse gemacht, sind demzufolge nichts weiter als lächerliche Verleumdungen.“

Wir haben behauptet: in dem Schiedsspruch wird gesagt, daß die Unternehmer, falls sie erklären,

„einen „Sozialvertrag“ zu haben, das Recht haben sollen, die Löhne entsprechend herabzusetzen. Wir haben weiter behauptet, sie werden die Löhne herabsetzen, und die Metallarbeiter werden uns zustimmen, haben sie noch selbst oft genug die Erfahrung gemacht, daß die Unternehmer erklären, sie haben „zur Verfügung“, ihr Betrieb werde lediglich aufrechterhalten, um den Arbeitern „Lohn und Brot zu geben“.

Der Zweck der Polemik des DMB ist nichts anderes, als die Arbeiter von der Vorbereitung des Kampfes abzuhalten. Die DMB-Führer beweisen mit ihrer ganzen Haltung, Sprechen, schriftlich die Verbindlichkeitsklärung herbeizuführen, um nach dem erklären zu können, daß sie „nichts machen“ können.

Die Arbeiter dürfen sich durch die Manöver der Gewerkschaftsdirktorie nicht irreführen lassen. Die einzige Möglichkeit, den unerbittlichen Schiedsspruch zu zerreißen, ist die Herstellung einer einheitlichen Kampffront. Jeder beliebige SPD-Kollege und parteilose Kollege vom DMB wird argumentieren, daß die Leidgräber und Händler mit allen Mitteln Niederlage der Metallarbeiter hinarbeiten. Diese ab-

zumehren ist nur möglich in einer geschlossenen Kampffront unter eigener Führung der Metallarbeiter in jedem Betrieb.

### Zu dem Verrat Beschimpfung der Arbeiter

Berlin, 13. November. (Eig. Drahtmeldung.)  
Gestern sagte der Erweiterte Beirat des DMB. Auf dieser Tagung gab Fraggos Bericht über den Berliner Metallarbeiterkampf. Nachdem die Berliner Metallarbeiter durch den Streikbruch der Urid und Co wieder in die Betriebe gejagt worden sind, will man von den eigenen Schandblättern ablenken und jetzt gegen die tausendmal sogelegte revolutionäre Gewerkschaftsopposition rücksichtslos vorgehen. Die bürgerliche Presse weiß bereits jetzt mitzuteilen, daß eine diesbezügliche Entscheidung zur Annahme gelangt.

Während die DMB-Fürsprache in Berlin durch radikale Phrasen von dem ungeheuren Verrat ablenken will, wird im Reich durch die SPD-Presse den Berliner Metallarbeitern die Schuld an dem Lohnraub in die Schuhe geschoben. Die sozialdemokratische „Vollstimme“ in Frankfurt a. M. schreibt:

„Es wurde aber auch den Gründen und Ursachen nachgeforscht, die zu dem Schiedsspruch geführt haben. Zweifellos kann man nicht einzelnen Personen die Schuld geben. Das Schuldverhältnis erblickt man in dem Indifferenzismus (!!!) der Berliner Metallarbeiter. Sie haben den Vorstand in eine Zwangslage verlegt, von vornherein sich mit einem von den drei unparteilichen gefällten Schiedsspruch zufrieden zu geben.“

Jetzt weiß die Berliner Metallarbeiterkraft Bescheid. Nicht der Verrat der Urid und Brandes war es, der den Lohnraub verursachte, sondern die „Metallarbeiter selbst“ sollen es gewesen sein, die von den Streikbruch-Organisatoren nach 14 Tagen herabgehenden Kampfes in die Betriebe gejagt wurden.

Str. 2  
Be 31